

E-LADESTATIONEN*Weiterer Ausbau in Wien geplant*

WIEN. Die Stadt will bis 2020 zu den bestehenden 550 weitere 1.000 öffentliche Ladestellen für E-Autos errichten. Für die Mitfinanzierung hat die Wien Energie Beteiligungsmodelle für die Bevölkerung entwickelt. Das Angebot stieß auf reges Interesse: Statt 2.500 geplanten Paketen (zum Preis von 250 €) wurden laut Angaben des Unternehmens 8.000 verkauft. Jedem Käufer wurden als Vergütung Gutscheine von jährlich 55 € über fünf Jahre etwa auf die Energiekosten in Aussicht gestellt. In Summe steuerten die Wiener also 2 Mio. € an Errichtungskosten bei. Als nächster Schritt sollen nun die Standorte bis Anfang 2018 festgelegt werden. (APA)



© Panthiermedia.net/Kasio

VORARLBERG*500.000 Euro für Ladestationen*

BREGENZ. Bis 2020 soll es in jeder Vorarlberger Gemeinde mindestens eine öffentliche E-Ladestation geben. Zu diesem Zweck hat die Landesregierung dieser Tage zwei neue Förderprogramme zum Ausbau der E-Infrastruktur beschlossen. Insgesamt stellt sie dafür 2018 und 2019 500.000 € zur Verfügung. (APA)

ÖAMTC-Warnung

Der Österreichische Autofahrerclub sieht die Datenhoheit der Autofahrer gefährdet und fordert die Politik zum Handeln auf.



© Panthiermedia.net/Zhudifeng

Moderne Technologien in Autos sammeln immer mehr Informationen über unser Fahrverhalten.

WIEN. Der ÖAMTC warnt vor einem drohenden Datenmonopol der Autohersteller. „Wir sehen schon seit einiger Zeit die Tendenz, dass Kfz-Hersteller den fairen und gleichberechtigten Zugang zu den Daten aus dem Auto verhindern wollen“, so der Autofahrerclub in einer aktuellen Aussendung. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, fordert der Club, dass die Autobesitzer selbst entscheiden können, wem sie welche Daten zur Verfügung stellen.

Wahlfreiheit steht im Fokus

Dafür hätten sich in einer Umfrage unter Mitgliedern 94% der Befragten ausgesprochen, sagte der Leiter der ÖAMTC-Interessenvertretung, Bernhard Wiesinger. Bereits heute hätten die Hersteller exklusiven Zugriff

über Onboard-Diagnose-Stecker, künftig werde es dabei vor allem um per SIM-Karten übertragene Daten gehen.

„

Es gibt eine klare Tendenz, dass Kfz-Hersteller den fairen und gleichberechtigten Zugang zu Daten aus dem Auto verhindern wollen.

ÖAMTC
Aussendung

“

„Daher ersuchen wir Verkehrsminister Jörg Leichtfried, sich für die Wahlfreiheit der Konsumenten einzusetzen“, sagte Wiesinger. Es sei auch sicherzustellen, dass nach Zustimmung des Fahrzeuglenkers freie Werkstätten, Pannendienste und andere Dienstleister diskriminierungsfreien Zugriff auf die für sie notwendigen Daten haben, „und dass dieser Zugriff nicht von den Kfz-Herstellern überwacht wird“.

Unterstützung auf EU-Ebene

Auf europäischer Ebene laufen derzeit Verhandlungen zur Typengenehmigungsrichtlinie für Pkw. „Das Europäische Parlament unterstützt unsere Sichtweise und hat das auch in den bisherigen Verhandlungen deutlich gemacht“, erklärte Wiesinger.